

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, U. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die 6-spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 46.

Dresden, Donnerstag den 25. Februar 1909.

20. Jahrg.

Der Reichtum der Gesellschaft.

Die Steuerfrage hat auch wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die in der Gesellschaft angehäuften Reichtümer gelenkt. „Gesellschaftlicher“ Reichtum bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft freilich nicht, daß die Gesellschaft, d. h. die Gesamtheit, reich sei, sich eines Wohlstandes erfreue, sondern nur, daß der Reichtum innerhalb der Gesellschaft vorhanden ist. Ein „reiches Land“ bedeutet heute in der Regel ein armes Volk: der Reichtum befindet sich in den Händen weniger Personen und dient der Unterdrückung weiterer Ausbeutung des Volkes. Denn auch der Reichtum hat für den Besitzer heute nur einen Wert, wenn er den Kapitalismus durchmacht, den Karl Marx durch die Formel ausdrückt: $G - W - G + \Delta$, d. h. Geld — Ware (Arbeitskraft) — Geld plus Mehrwert, und durch er erst zu dem wird, was man ein Kapital nennt, das den Mehrwert „hebt“, den Besitzer also einen Profit, sei in Form von Zinsen oder dergleichen Einkommen aus einem Unternehmen, bringt. Die angehäuften Reichtümer stellen im wesentlichen die vorhandenen Produktionsmittel dar, sich im Besitze der Kapitalisten befinden.

Dieser gesamte Reichtum wird für Deutschland auf rund 200 Milliarden Mark Wert geschätzt. Diese Schätzung der Wirklichkeit nahe kommt oder nicht, das ist nicht feststellen. Die privaten Vermögen werden bei der Steuerberechnung zweifellos durchgängig zu niedrig angegeben und es ist sehr wahrscheinlich, daß der gesamte vorhandene Reichtum größer ist als 200 Milliarden. Arnold Einmann-Bucher hat eine Rechnung aufgestellt, die in einer letzten erschienenen Broschüre veröffentlicht und die im wesentlichen die vorhandene Produktionsmittel dar, sich im Besitze der Kapitalisten befinden.

Werte	Milliarden
Privatvermögen in Immobilien und Mobilien	109—180
Vermögen nach verschiedenen Nebenkategorien:	
a) Eiserne Grundbesitz, Wohngebäude, bebaut oder unbebaut, mit Grundmauern	40—50
b) Eiserne Grundbesitz	5
c) Wert des privaten Vermögens	5
Wert des im Ausland angelegten Kapitals und der deutsche Besitz an fremden Wertpapieren	80
Eigentumsverhältnisse produktiver und wachsender Reichs- und Staatsanlagen:	
a) Eisenbahnen	10
b) Bergwerksbesitz und andere staatliche Betriebsanstalten; See- u. Dampfschiffe, Kanalanlagen	5
c) Öffentliche Gebäude	10
Werte in Bewegung auf den Eisenbahnen, schwebende Vorräte, Schiffe	4
Metallgeld	5
Zusammen: 200—250	

Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Vermehrung, so beginnt bekanntlich Karl Marx sein Werk Das Kapital. Die „ungeheure Vermehrung“ aufschlüsselt — der angehäuften Mehrwert — würde also nach Berechnung von Steinmann-Bucher, in Geld ausgedrückt Gold ist bekanntlich die Ware, an der die anderen Waren ihren Wert gemessen werden — einen Wert von ungefähr 850 Milliarden Mark haben. Diese Berechnung mag vielen Punkten anfechtbar sein, aber so ohne weiteres ist nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls ist die Annahme richtig, daß die Schätzung von 200 Milliarden viel zu niedrig ist. Nach den Ergebnissen der Vermögenssteuer waren im Jahre 1908 in Preußen 21 653 000 000 M. Vermögen der Ergänzungssteuer veranlagt. Ein ungenannter Mitarbeiter des Monatsheftes nimmt an, daß mindestens 10 Milliarden Vermögen zu wenig angegeben seien. Hierzu rechnet Verfasser noch das Vermögen der von der Ergänzungssteuer nicht betroffenen Vermögensbesitzer — bis zu 6000 M. steuerfrei — mit 9 Milliarden, das Aktivvermögen von Post und Kommunen mit 10 Milliarden, eine Reihe anderer Vermögen (Reservefonds der Erwerbsgesellschaften, Vermögen Krankenkassen, Invaliditäts- und Unfallversicherungsanstalten, Vermögen der Loten Hand usw.) mit weiteren 10 Milliarden, so daß eine Schätzung des Vermögens in Preußen auf rund 130 Milliarden nicht zu hoch gegriffen sein werde. Die Schätzung ist aber zweifellos zu niedrig, denn wenn 1/2 Milliarde zur Vermögenssteuer angegeben werden, darf man sicher annehmen, daß die wirklichen Vermögen um 1/2 oder sind — mindestens! Und auch die übrigen Vermögen dürften allgemein größer sein. Die Privatvermögen sind sich aber zum größten Teil in Händen von wenigen Personen. In Preußen zum Beispiel besaßen von den rund 20 Millionen

Jensiten	6—30 000 M. Vermögen	7 1/2 %	Milliarden
731 000 mit	6—30 000 M. Vermögen	7 1/2 %	Milliarden
4 3 000	20—50 000	15	
283 000	50—500 000	36	
21 000	mehr als 500 000	82 1/2	
1 500 000 mit		91	Milliarden

• 850 Milliarden deutsches Volksvermögen. Berlin 1909. Einmal, Verlagsanstalt.

Die Hälfte aller Jeniten besitzt also nur den zwölften Teil des Gesamtvermögens, während 21 000 Jeniten, also noch nicht ein Siebtel aller Jeniten, fast ein Drittel des gesamten Vermögens ihr eigen nennen. Wehnlich dürfte das Verhältnis in ganz Deutschland sein. Ein ungeheurer Reichtum ist also wohl vorhanden, er ist aber im Besitze von wenigen Personen. Und dieser Reichtum wächst von Jahr zu Jahr ganz beträchtlich. Rohm doch allein in Preußen das steuerpflichtige Vermögen im Jahre 1908 gegenüber dem Jahre 1907 um über 9 Milliarden zu.

Die 500 Millionen neuer Steuern, die das Reich gebraucht, könnten also mit Leichtigkeit herbeigeschafft werden, wenn sie von den großen Vermögensbesitzern aufgebracht werden müßten. Herr Steinmann-Bucher will mit seiner Rechnung beweisen, daß das deutsche Volk noch neue indirekte Steuern ertragen kann. Seine Zahlen sprechen aber dafür, daß nichts Berechtigter ist als eine hohe Vermögens- und Erbschaftsteuer. Denn wohl sind große Reichtümer da, aber die große Masse des Volkes hat nichts davon. Was nützt es dem Volke, wenn auf den Kopf der Bevölkerung 5000 bis 6000 M. Vermögen kommen, wenn diese Vermögen wenigen Personen gehören? Von denen, welche die großen Vermögen haben, müssen daher auch die Steuern geholt werden. Aber freilich, Herr v. Oldenburg hat wohl allen Besitzenden aus der Seele gesprochen, als er sagte, man dürfe das „Portemonnaie der Reichen“ nicht dem allgemeinen Wahlrecht ausliefern. Und deshalb sehen wir, daß die bürgerlichen Parteien dieses große Portemonnaie auch unangefastet lassen wollen und die Steuern wieder aus den Besessenen herauszuquetschen suchen.

Der vorhandene Reichtum zeigt uns aber nicht nur die Quellen, aus denen die neuen Steuern geschöpft werden müßten, er ist für uns Sozialisten auch nach einer anderen Richtung hin von Interesse. Herr Steinmann-Bucher sagt, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei der „häufigste Beweis gegen das Marx'sche Lehrgesetz“. Schon die Tatsache, daß dieser Herr auch das „ehrerne Lehrgesetz“ dazu zählt, zeigt, daß er keine Abnung von der Marx'schen Theorie hat. Aber wenn er in den angehäuften Reichtümern einen Beweis gegen den Sozialismus erblicken will, so ist er sehr auf dem Holzwege. Denn der angehäuften Reichtum drückt auch die Höhe der Produktivkraft des Landes aus und ist deshalb die Vorbedingung des Sozialismus. In diesem Sinne schrieb Friedrich Engels bereits im Jahre 1878 (in Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, Seite 270): „Die Möglichkeit, die Produktion der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Mal da, aber sie ist da.“ Und diese Möglichkeit, die „zum ersten Mal“ da ist, also früher nicht da war, sah Engels in der Zunahme des Gesamtvermögens der Gesellschaft. Er zeigte dies in einer Anmerkung, um „eine annähernde Vorstellung“ zu geben „von der enormen Expansivkraft der modernen Produktionsmittel“. Der Gesamtvermögen von Großbritannien und Irland betrug in runder Zahl, so fügt Engels an:

Jahr	44 Milliarden Mark
1814	44
1865	122
1875	170

Dieser Reichtum ist also nach marxistischer Auffassung die Vorbedingung, um allen Gesellschaftsmitgliedern eine gute Existenz zu sichern. Herr Steinmann-Bucher sucht zwar seine „nationale“ Gefinnung dadurch zu beweisen, daß er für England und Frankreich ein geringeres Gesamtvermögen herausrechnet, als es Deutschland besitzt. Aber darüber besteht sonst nirgends ein Zweifel, daß in England und in Frankreich noch viel mehr Reichtümer angehäuften sind als in Deutschland. Die Möglichkeit, allen Mitgliedern der Gesellschaft eine gute Existenz zu sichern, ist also heute in allen diesen Ländern vorhanden, und Herr Steinmann-Bucher hat mit seiner Aufrechnung der in Deutschland angehäuften Reichtümer nicht nur die Möglichkeit, sondern die dringende Notwendigkeit des Sozialismus bewiesen. Denn was für ein schmaler Zustand ist es für eine Gesellschaft, die für 350 Milliarden Mark Werte besitzt, daß der größte Teil ihrer Mitglieder trotzdem ein armseliges, kümmerliches Leben fristen muß. Ja, Hunderttausende, wenn nicht Millionen von ihnen sind in der jetzigen Zeit der Krise buchstäblich dem Hunger, dem fürchterlichsten Elend überliefert! Wird angesichts dieses gewaltigen Reichtums und dessen ständiger Vermehrung auf der einen und der Massenarmut auf der anderen Seite das arbeitende Volk auf die Dauer den heutigen Zustand ertragen wollen, oder muß es nicht vielmehr dadurch von selbst zu sozialistischen Anschauungen kommen und dahin wirken, daß die vorhandenen Güter einmal allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen!

Katzbalgerei um die „Besitzsteuer“.

Ueber die Situation beim heutigen Zusammentritt der Finanzkommission des Reichstages gibt die „Germania“ folgende Schilderung:

Die Finanz- und Steuerkommission des Reichstages tritt zusammen, um den Bericht der Subkommission über das Ergebnis ihrer Verhandlungen in betreff der Besitzsteuer entgegenzunehmen. Wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, wird die Entscheidung der Kommission morgen jedoch noch nicht fallen; es ist vielmehr zu erwarten, daß man sich auf die Aussprache über allgemeine Gesichtspunkte beschränken und dabei auch die neuen Anträge zur Erleichterung bringen wird. So soll der Abg. Freiherr v. Camp einen neuen Antrag, aus 10 Punkten bestehend, einbringen wollen, der den von den Liberalen verlangten „Garantien“ bezüglich der Ausfuhrung der Besitzsteuer durch die Einzelstaaten mehr entgegenkommt, dabei aber, wie von anderer Seite behauptet wird, auch mehr in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dieser neue Antrag Camp von den Liberalen und der Sozialdemokratie (??) unterstützt wird und damit eine Mehrheit in der Kommission erhält, aber um so mehr ist fraglich, ob die verbündeten Reaktionen ihm zustimmen werden. Angesichts der Wichtigkeit der bevorstehenden Kommissionsverhandlungen haben verschiedene Finanzminister der Einzelstaaten sich bereits nach Berlin begeben, um an den Beratungen teilzunehmen, die zweifellos nicht nur vor dem Forum der Kommission, sondern im Bundesrat gewollten werden sollen. Man nimmt im Reichstage an, daß die Kommission nach einer allgemeinen Besprechung über diese Frage der Besitzsteuer und vor der Entscheidung über dieselbe eine Pause von mehreren Tagen machen wird, um für intimere Verhandlungen Raum und Zeit zu gewinnen.

Es ist, der Andeutung der Germania gegenüber, zu betonen, daß selbstverständlich die Sozialdemokratie unter einer solche Besitzsteuer zustimmen könnte, deren wirkliche Erhebung zu bestimmten Terminen sichergestellt ist und deren Verteilung auf die Steuerzahler nicht der Willkür der einzelstaatlichen Klassenparlamente überlassen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß die „Besitzsteuer“ eine der Sozialdemokratie annehmbare Gestalt gewinnen wird, — ganz abgesehen von der Wucht der indirekten Steuern, die damit zugleich einhergehen.

Nur erheitert kann das englische Gerücht von der „Black-Strikes“ in den liberalen Zeitungen stimmen. Die National-liberalen sind höchst unwirksam, daß das Zentrum es verstanden hat, sich als entscheidender Faktor der Reichsfinanzreform einzubringen, und daß es im Bunde mit den Konservativen den liberalen Bedingungen auferlegt. Die Volkszeitung hatte am Dienstag erklärt: Wenn Herr Bölow das Kompromiß von Konservativen und Zentrum annehme, so sei die politische Lage geklärt. — Dann hat die Blackpolitik ihr Ende erreicht. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt ähnlich:

„Inzwischen wird die Spannung immer größer. Die Zentrumsblätter stellen mit großer Befriedigung fest, daß der Kompromißvorschlag bei den Konservativen lebhafter Zustimmung gefunden habe, und polemisieren gegen die liberalen Parteien, die nur aus dem Grunde gegen die vorgeschlagene Verhängung Front machten, weil das Zentrum daran beteiligt ist. . . . Wir leben in diesem Hin- und Her auf das möglichste Ende des Black vor. In anderen Staaten tritt das Ministerium zurück, wenn keine Einigung über eine von ihm eingebrachte Vorlage zustande kommt. In Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als daß die Parteien nicht mehr mit einander, wenn sie ihrer Politik keine Geltung zu verschaffen vermögen. Im vorliegenden Falle muß die Regierung mit dem Zentrum und den Konservativen gehen, wenn keine Verständigung mit den Blackparteiern erzielt wird. Da hilft dann kein Dreien und Zweien: der Black existiert nicht mehr.“

Jedoch schon die Volkszeitung schloß ihre Blackkritik mit dem Hoffnungsruf: „Möglichst allerdings ist noch immer, daß die Krise abgewendet wird und sich am Donnerstag in der Steuer- und Finanzkommission des Reichstages zeigt, daß noch nicht wieder hierzulande in der Gesetzgebung Zentrum Trumpf ist.“ Das ganze Geplänkel geht also schließlich um eine parlamentarische Etiketten- und „Ehren“-Frage. Die Liberalen ärgern sich, daß das Zentrum den Junkern zur Seite an der Reichslokal sitzen soll, wo sie doch selbst sitzen wollen. Das schließliche Ende der Katzbalgerei wird ja vermutlich sein, daß man nun wieder den Liberalen „ein Stück entgegenkommt“ und daß alle bürgerlichen Parteien zu einem realistischen Großblud vereinigt eine lächerlich geringe und zweifelhafte „Besitzsteuer“ zur Delorsation der 300 bis 400 Millionen indirekter Steuern beschließen. So würde der Postentworfungs-Reichstag in seiner ganzen Glorie erstrahlen!

Eine neue Schnaps-Liebesgabe.

Die Fasel-Agrarier führen reizende Pläne im Schilde. Sie gedenken aus der „Reform“ der Branntwein-Steuerung sich wiederum ein gutes Geschäft zu machen. Es gehen über diese Pläne dem Berliner Tageblatt folgende bemerkenswerte Mitteilungen zu. . . . Nachdem die konservativen Blackgenossen unter wirksamer Beihilfe des Zentrums die Nachlaststeuer tatsächlich erdroffelt und die liberale Forderung nach einer direkten Reichsteuer mit einer langfristigen Anweisung auf die gelehrliche Weisheit der Einzelstaaten beantragt haben, gehen die Agrarier jetzt daran, auch die vorgeschlagenen indirekten Steuern im Rufus Reich-Stil auszuwickeln. Sie haben dabei zur Reform der Branntweinsteuerung einen Plan ausgearbeitet, den man verächtlich sein könnte berisch dumm zu nennen, wenn er nicht so raffiniert auf die bewilligungsfreudige Gemüthsstimmung des Reichsliberalismus berechnet wäre. Bekanntlich beruht die famole Branntweinliebesgabe auf den Doppelböden der Verbrauchsabgabe einer bestimmten Spiritus-